

Kopenhagen: Substanzlose Politik wolkiger Absichtserklärungen endgültig gescheitert

Am Ende des Weltklimagipfels steht weniger als ein fauler Kompromiss. Im Hinterzimmer, am normalen Konferenzgeschehen vorbei, hatten die USA, die EU und die BASIC Staaten (Brasilien, Südafrika, Indien und China) eine sog. Kopenhagen-Übereinkunft erarbeitet. Nach stundenlangem Ringen wurde dieses substanzlose Papier vom überwiegenden Teil der Staatengemeinschaft gerade einmal zur Kenntnis genommen.

Deutschland und die EU haben ihre Vorreiterrolle verspielt. Statt mit ambitionierten Zielen in Vorlage zu gehen, trat die EU uneins und mit halbherzigen Angeboten auf. Hoffnungsträger Obama kam innenpolitisch geschwächt mit leeren Händen nach Kopenhagen.

Unverbindlich und unakzeptabel ist in der Abschlusserklärung so ziemlich alles: Man findet dort ein unverbindliches 2 Grad-Ziel. Kurzfristige Reduktionsziele in Industrie- und Schwellenländern fehlen. Völlig ungeklärt bleibt auch, wie die USA und stark wachsende Schwellenländer wie z.B. Indien und China in den CO₂-Reduktionsmechanismus integriert werden können. Die Finanzierung des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel gehen, wenn keine anderen Vereinbarungen getroffen werden, auf Kosten der offiziellen Entwicklungshilfe und damit auf Kosten der Armutsbekämpfung.

Tuvalu und die kleinen Inselstaaten, deren Territorien unmittelbar vom Untergang bedroht sind, waren in Kopenhagen die Treiber für eine ambitionierte Klimapolitik. Tuvalu wurde zum Sprecher für viele bereits unter dem Klimawandel leidende Staaten. Seine Botschaft ist so eindeutig wie nachvollziehbar. Wir stimmen nicht für etwas, was uns unserer Lebensgrundlage beraubt.

Kopenhagen sollte beim Klimaschutz den historischen Durchbruch bringen. Kopenhagen versagte auf ganzer Linie. Der Klimagipfel deckte vor der Weltöffentlichkeit in schonungsloser Offenheit die klimapolitischen Gräben und machtpolitischen Blockaden auf. Ich bin entsetzt darüber, wie in Kopenhagen kalt und mit machtpolitischem Kalkül über das Leben von Menschen und zukünftigen Generationen hinweggegangen wurde. Bereits heute sterben 300000 Menschen pro Jahr an den Folgen des Klimawandels. Ohne Klimaschutzstrategie werden nach neuesten Schätzungen fast eine Milliarde Menschen zusätzlich in Hunger und Armut getrieben.

Kopenhagen der Gipfel der Enttäuschung? Ja! Doch gerade diese Enttäuschung könnte zu einem historischen Wendepunkt werden. Klar ist: Ein klimapolitisches „Weiter so“ ist nach Kopenhagen nicht mehr möglich: Worauf muss sich Klimapolitik nach Kopenhagen gründen? Drei Grundsätze sind m. E. unverzichtbar.

1. Zu einem völkerrechtlich verbindlichen, ambitionierten Klimaschutzabkommen gibt es keine Alternative. Ohne ein sanktionierbares Vertragswerk gibt es langfristig keine Gewinner sondern nur Verlierer.
2. Eine schnelle politische Einigung ist notwendig. Durch das Scheitern von Kopenhagen wird zusätzlich kostbare Zeit vergeudet und der politische Handlungsdruck erhöht.
3. Klimaschutz kann nicht mit Sonntagsreden erreicht werden. In diese Reihe der politischen Unsäglichkeiten reiht sich auch die NRW – Regierungskoalition ein, die während der Schlussphase des Klimagipfels zum business as usual überging und den Klimaschutz aus einem zentralen Landesgesetz gestrichen hat.

Klimaschutz braucht ein glaubwürdiges Vorgehen der starken Industrieländer, die historisch betrachtet die Hauptverursacher des Klimawandels sind. Kopenhagen zeigt das Versagen einer visionslosen, von zweifelhaften Interessen geleiteten Politik. Ohne weltweiten zivilgesellschaftlichen Druck und Einflussnahme wird sich daran wenig ändern. Nach dem Scheitern der Klimadiplomatie wächst Bündnissen wie der Klimaallianz aber auch dem Engagement der Kirchen als zivilgesellschaftlicher Global Player große Bedeutung zu.

Von Kopenhagen zieht nun die Klimakarawane zur 16. COP in Mexiko weiter. Hier wird endgültig sichtbar werden, ob die Weltgemeinschaft nationale Egoismen, Handlungsblockaden mächtiger Lobbyisten überwinden kann, ob sie faire Entwicklungschancen für alle fördern will und dafür kurzfristige Gewinne von nur wenigen zurückstellt. Die politischen Verantwortlichen brauchen hierfür die Unterstützung und auch den Druck der Zivilgesellschaft.

Ich erwarte von den Kirchen – auch von der EKvW, dass sie nach Kopenhagen ihr klimapolitisches Engagement in weltweiter Gemeinschaft verstärken, Klartext reden und klar handeln. Die Ressourcen- und Klimakrise ist eine strukturelle Ungerechtigkeit. Eine solidarische, menschengerechte Globalisierung ist ohne wirkungsvollen Klimaschutz und ohne finanzielle und technologische Unterstützung armer Länder nicht erreichbar. Klimaschutz ist die Voraussetzung für faire Entwicklungschancen für die Menschen des Südens und nachfolgende Generationen.

Als Kirche kommen wir nicht umhin auch unseren eigenen Beitrag zum Klimawandel und auch Klima zerstörende Lebensstile kritisch zu betrachten. Wenn wir uns als Kirche nun aus guten Gründen klimapolitisch stark engagieren, dann ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit uns selbst als Institution auf den Prüfstand zu stellen. Nur wenn wir ein Maximum an Klimaschutz im eigenen Hause durchsetzen, werden wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung - auch mit Blick auf unsere Vorbildwirkung für Partnerkirchen im Süden - gerecht werden können.

Das bedeutet: Wir sind dabei, unsere Klima- und Ressourcenverantwortung zum Prinzip kirchlichen Handelns werden zu lassen. Dazu hat die Landessynode einen bemerkenswerten Beschluss gefasst. Die EKvW wird ein umfassendes Energiespar- und Klimaschutzkonzept 2020 erstellen und konsequent umsetzen. Wir haben uns dabei die gleiche Zielmarke, wie die Bundesregierung gesetzt. Von -40 % CO₂ bis 2020 (Basis 1990). Während in Berlin die Zweifel, was die Umsetzung dieses Ziels betrifft, eher wachsen, werden wir als Kirche Kurs halten und versuchen, unser Ziel zu erreichen.

Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der EKvW